

**795/J XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 28.01.2009**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

der Abgeordneten Gartelgruber  
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft  
betreffend Radongehalt im Gebiet von Umhausen

Anfang der 90er Jahre ergaben Messreihen, dass in Teilen von Umhausen die Bodenluft einen extrem hohen Radongehalt aufweist (weit über der gesetzlich festgesetzten Grenze von 300 Bq/m<sup>3</sup> für Altbauten bzw. 200 Bq/m<sup>3</sup> für Neubauten. Bei den seit Anfang 1992 laufenden Messungen konnten Spitzenwerte von bis zu 274000 Bq/m<sup>3</sup> registriert werden).

Auslöser für die Untersuchungen waren die vom österreichischen statistischen Zentralamt im Todesursachenatlas des Jahres 1989 veröffentlichten Daten zur Lungenkrebsmortalität des Bezirkes Imst. Diese lag in den vorherigen zehn Jahren 37,4 % über dem Durchschnitt.

Das Gas Radon entsteht beim Zerfallen von Uran, das in geringsten Mengen überall im Erdreich vorkommt, an die Erdoberfläche entweicht und in Folge auch in Häuser eindringen kann. Vor allem bei langen Aufenthalten in geschlossenen Räumen kann Radon eine nicht zu unterschätzende Gefährdung der Gesundheit darstellen - in der einschlägigen Literatur geht man davon aus, dass 5 - 15 Prozent aller Lungenkrebserkrankungen auf eine zu hohe Radonbelastung zurückzuführen sind und dass vor allem das junge Lungengewebe von Kindern besonders gefährdet ist.

Seit 1992 waren in Umhausen unterschiedliche Untersuchungen und Messreihen im Gange. Als man auf das Problem der zu hohen Radonbelastung aufmerksam wurde, versuchte man sich zuerst einen Überblick über die Lage zu verschaffen. Hierfür wurden von Jänner bis April 1992 in 346 Häusern Messungen durchgeführt. Weitere Messungen, bei denen 312 Haushalte teilnahmen, folgten im Juli 1992. In 32 repräsentativen Haushalten wurden monatlich zusätzliche Messungen vorgenommen, um jahreszeitliche Schwankungen besser untersuchen zu können. Der größte jemals in Umhausen gemessene Wert von 274000 Bq/m<sup>3</sup> wurde im Juli 1992 in der Bäckerei Scheiring registriert.

Jedenfalls bis 1999 wurden am Institut für medizinische Physik der Universität Innsbruck monatlich jene Gebäude untersucht, bei denen verschiedene später noch ausführlich beschriebene Sanierungsmaßnahmen getestet worden waren. Es wurde überprüft, ob diese auch von dauerhafter Wirkung sind und langfristig Schutz gewährleisten.

Im Rahmen des „Österreichischen Umwelt- und Gesundheitsaktionsplanes“ wurde gemeinsam von den damaligen Bundesministern Eleonore Hostasch, Martin Bartenstein und Barbara Prammer auch ein „Österreichisches Nationales Radon-Projekt“ (ÖNRAP) erstellt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nachstehende

## Anfrage

1. Welche Maßnahmen aus dem ÖNRAP wurden bisher umgesetzt?
2. Inwieweit wurden insbesondere die Maßnahmen „Erstellung einer Radonpotenzialkarte für Österreich“ und „Modelle zur Prognose der Radonbelastung bei Neubauten“ umgesetzt?
3. Welche Resultate erzielte man bislang bei der Umsetzung des ÖNRAP hinsichtlich der Methoden zur Reduktion der Radonbelastung in bestehenden Gebäuden?
4. Wurden in den letzten Jahren neue Richtlinien für die Errichtung von neuen Gebäuden in Gebieten erhöhten Radonrisikos erstellt?
5. Wenn ja, wann, mit welchem Inhalt und welchen Auswirkungen?
6. Wenn nein, weshalb hat man bisher darauf verzichtet?
7. Werden in der Gemeinde Umhausen nach wie vor regelmäßig Radonmessungen durchgeführt?
8. Wenn ja, welche Ergebnisse lieferten diese Messungen in den letzten 5 Jahren?
9. Wann wurden seitens des österreichischen statistischen Zentralamts nach dem Jahr 1990 Erhebungen über den Bezirk Imst für den Todesursachenatlas durchgeführt und wie entwickelten sich die Daten zur Lungenkrebsmortalität in der Gemeinde Umhausen im Vergleich zu den Daten aus dem Jahr 1989?
10. Welche Maßnahmen werden seitens der Bundesregierung und insbesondere seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gesetzt, um die Radonbelastung für die Einwohner der Gemeinde Umhausen vor der Radonbelastung zu schützen?